



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23148

Fax: (0221) 221-24088

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 05.11.2018

Niederschrift

über die **32. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 26.04.2018, 15:10 Uhr bis 17:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|-------------------------------|-----------|----------------------------------|
| Herr Niklas Kienitz | CDU | |
| Herr Michael Frenzel | SPD | |
| Frau Dr. Eva Bürgermeister | SPD | |
| Herr Rafael Christof Struwe | SPD | |
| Herr Jörg van Geffen | SPD | |
| Frau Teresa De Bellis-Olinger | CDU | |
| Frau Ira Sommer | CDU | in Vertretung für RM Roß-Belkner |
| Herr Stefan Götz | CDU | |
| Frau Sabine Pakulat | GRÜNE | |
| Herr Hans Schwanitz | GRÜNE | |
| Herr Horst Thelen | GRÜNE | in Vertretung für RM Jahn |
| Herr Michael Weisenstein | DIE LINKE | |
| Herr Ulrich Breite | FDP | in Vertretung für RM Sterck |
| Herr Ralph Sterck | FDP | |

Beratende Mitglieder

| | |
|--------------------------------|--------------------------------|
| Herr Luca Leitterstorf | auf Vorschlag der AfD-Fraktion |
| Herr Thomas Hegenbarth | BUNT |
| Herr Walter Wortmann | Freie Wähler Köln |
| Herr Thor-Geir Zimmermann | GUT |
| Herr Jürgen Brock-Mildenberger | SPD |
| Herr Oliver Krems | SPD |
| Herr Jörg Beste | auf Vorschlag der Grünen |
| Herr Laurens Wellmann | auf Vorschlag der Grünen |
| Herr Lothar Müller | DIE LINKE |

Herr Dr. Christian Beese auf Vorschlag der FDP
Frau Barbara Röttger- Schulz Behindertenvertretung

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome Dezernat Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Frau Anne Luise Müller Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann Stadtplanungsamt
Frau Brigitte Scholz Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kirsten Jahn GRÜNE
Frau Monika Roß-Belkner CDU

Beratende Mitglieder

Frau Judith Wolter
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner auf Vorschlag der SPD
Herr Frank Mühr auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius auf Vorschlag der CDU
Herr Ilias Uyar auf Vorschlag der CDU
Herr Eli Abeke BÜNDNIS 14
Frau Sigrid Buchholz Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Sascha Korinek LSVD Ortsverband Köln e.V.

Vorsitzender Kienitz begrüßt die Anwesenden und macht auf die vorliegenden Tischvorlagen aufmerksam. Er teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 6.2, 10.3, 16.2 und 16.3 seitens der Verwaltung zurückgezogen worden seien.

Der Ausschuss ist mit den Änderungen einverstanden und beschließt somit folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Angsträume auf städtischen Flächen
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2018 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.03.2018, TOP 5.2.1
0677/2018
- 1.2 Beantwortung der Anfrage (AN/0396/2018) der Fraktion Die Linke vom 08.03.2018 betreffend "Revitalisierung der Porzer Innenstadt" - TOP 5.2 der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 15.03.2018
1032/2018

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Offene Anfragen
 - 2.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 11.12.2017 betreffend "Nah- und Fernwärme in Köln"
AN/1879/2017
 - 2.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.03.2018 betreffend "Städtebauförderung nutzen"
AN/0406/2018
 - 2.1.3 Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion, der Ratsgruppe GUT und der Ratsgruppe Bunt vom 14.03.2018 betreffend "Neuaufstellung des Regionalplans"
AN/0417/2018
- 2.2 Aktuelle Anfragen
 - 2.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Genossenschaftlicher Wohnungsbau in Köln/Wohnungsbauleitstelle"
AN/0585/2018
 - 2.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Starke Veedel – starkes Köln“ weiterhin in Gefahr?
AN/0604/2018

3 Anträge

4 Stadtplanung - Projekte

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Parkstadt Süd; Errichtung eines Stadtteilbüros durch Umbau und Nutzungsänderung von bestehenden Räumlichkeiten im Verwaltungstrakt der Großmarkthalle
0674/2018

5.2 Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für das Vorhaben "Errichtung und Betrieb eines Hubschrauber-Sonderlandeplatzes auf dem Klinikgelände des St.-Katharinen-Hospitals in Frechen"
0894/2018

5.3 Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für das Vorhaben "Verlegung des Bestandshubschrauber-Sonderlandeplatzes (Gebäude 8a) auf das Dach des Herzzentrums des Universitätsklinikums Köln (Gebäude 40)"
0907/2018

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
1944/2017

6.2 Erneuerung der Eisenbahnüberführungen Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Deutz
2911/2017

6.3 Planung einer temporären Fuß- und Radwegerampe von der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz
3561/2017

6.4 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018

Zusatz- bzw. Änderungsantrag der sachkundigen Einwohnerin im Stadtentwicklungsausschuss auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Röttger-Schulz

Zusatz- bzw. Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Adolf
AN/0648/2018

- 6.5 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen'
0507/2018
- 6.6 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet 'Südliche Innenstadtweiterung/Parkstadt Süd' in Köln-Bayenthal/-Raderberg/-Zollstock/-Sülz nach § 25 Satz 1 Nr. 2 BauGB
0963/2018
- 6.7 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung der externen Planungsleistungen inkl. Umsetzung eines Workshops
0692/2018
- 7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**
- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Rochusstraße in Köln-Ossendorf
Anhörung der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
0328/2018

- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486 - 494 in Köln-Ehrenfeld
3698/2017
- 10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Seeadlerweg in Köln-Ehrenfeld
3701/2017
- 10.3 Beschluss über
1. die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel: Eyselshovener Straße/Sürther Straße in Köln-Rodenkirchen,
2. die Aufhebung eines Einleitungsbeschlusses zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel: Eyselshovener Straße in Köln-Rodenkirchen.
0158/2018
- 10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Volkhovener Straße" in Köln-Esch/Auweiler
0788/2018
- 10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 74399/04
Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz;
Ergänzte Beschlussvorlage nach Erarbeitung eines alternativen Nutzungskonzepts zur Entwicklung eines Grundschul- und Musikcampus
0928/2018
- 10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch
1204/2018
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

15 Sonstige Satzungen

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten
Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Lin-
ke. und FDP
AN/0659/2018

- 16.2 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 26.09.2017 über die vereinfachte
Änderung des Bebauungsplanes 7441/02 Arbeitstitel: Gewerbegebiet Eil in
Köln-Porz-Eil, 1. Änderung
hier: Erweiterung des Geltungsbereichs mit dem Ziel, eine Marktnutzung mit
nahversorgendem und zentrenrelevantem Handel auf der Fläche des Autoki-
nos bauleitplanerisch zu unterbinden.
3098/2017

- 16.3 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen;
hier: Planunterlagen den stadtgesellschaftlichen Anforderungen anpassen;
Antrag auf Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 65460/04
0531/2018

17 Mitteilungen

- 17.1 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Bebauungsplan-Entwurf (VEP) Nummer 70346/03
Arbeitstitel: Langel Berg in Köln-Porz-Langel
0261/2018

- 17.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
Wiederaufnahme der Baulückenbearbeitung
Ergebnisse 2017 und weiteres Vorgehen
0553/2018

- 17.3 Bebauungsplan-Entwurf 66470/06
Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des
vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB
0575/2018

- 17.4 Stadtbahnanbindung Rondorf / Meschenich-Nord
hier: Ergebnisse der vereinfachten Nutzen-Kosten-Untersuchung
0628/2018

- 17.5 Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 02. Februar 2018 für den Bau der B 51n - Ortsumgehung Meschenich
0827/2018
- 17.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf 63465/02
Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
0869/2018
- 17.7 Neue Kölner Statistik 1/2018
0944/2018
- 17.8 Wohnraumförderung 2018
0999/2018
- 17.9 Jahresbericht 2017 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1050/2018
- 17.10 Förderung der Elektromobilität - Was tut die Verwaltung?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am
05.03.2018, TOP 5.2.3
0936/2018
- 17.11 Städtebaulicher Entwicklungsbereich "Deutzer Hafen"- Verkehrsplanung
1282/2018
- 17.12 Mitteilung: Sachstandsbericht zu Verfahren Spielcasino Deutz
1005/2018

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 21 Schriftliche Anfragen**
- 22 Anträge**
- 23 Stadtplanung - Projekte**
- 24 Gestaltungsbeirat**
 - 24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 05.03.2018
1084/2018
- 25 Sonstige Vorlagen**
- 26 Mitteilungen**
- 27 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Angsträume auf städtischen Flächen hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2018 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.03.2018, TOP 5.2.1 0677/2018

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

1.2 Beantwortung der Anfrage (AN/0396/2018) der Fraktion Die Linke vom 08.03.2018 betreffend "Revitalisierung der Porzer Innenstadt" - TOP 5.2 der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 15.03.2018 1032/2018

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Offene Anfragen

2.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 11.12.2017 betreffend "Nah- und Fernwärme in Köln" AN/1879/2017

Beigeordnete Blome kündigt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen an.

2.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.03.2018 betreffend "Städtebauförderung nutzen" AN/0406/2018

Beigeordnete Blome kündigt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung an.

2.1.3 Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion, der Ratsgruppe GUT und der Ratsgruppe Bunt vom 14.03.2018 betreffend "Neuaufstel- lung des Regionalplans" AN/0417/2018

Beigeordnete Blome kündigt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung an.

2.2 Aktuelle Anfragen

2.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Genossenschaftlicher Wohnungsbau in Köln/Wohnungsbauleitstelle" AN/0585/2018

Beigeordnete Blome kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

2.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Starke Veedel – starkes Köln“ weiterhin in Gefahr? AN/0604/2018

Beigeordnete Blome kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

3 Anträge

4 Stadtplanung - Projekte

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Parkstadt Süd; Errichtung eines Stadtteilbüros durch Umbau und Nutzungsänderung von bestehenden Räumlichkeiten im Verwaltungstrakt der Großmarkthalle 0674/2018

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nicht mehr genutzte Räumlichkeiten in dem eingeschossigen Verwaltungstrakt der Großmarkthalle zu einem Stadtteilbüro umzunutzen und beauftragt die Verwaltung, die dafür notwendigen Umbaumaßnahmen zu veranlassen und durchzuführen. Begleitend zu den weiteren Planungs- und Umsetzungsschritten bei der Realisierung der Parkstadt Süd sollen diese Räumlichkeiten die Möglichkeit bieten, Ausstellungen durchzuführen sowie mit anderen Formaten eine begleitende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger langfristig zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für das Vorhaben "Errichtung und Betrieb eines Hubschrauber-Sonderlandeplatzes auf dem Klinikgelände des St.-Katharinen-Hospitals in Frechen" 0894/2018

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, in dem Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für die Errichtung und den Betrieb eines Hub-

schrauber-Sonderlandeplatzes auf dem Klinikgelände des St.-Katharinen-Hospitals in Frechen die in der Anlage 3 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für das Vorhaben "Verlegung des Bestandshubschrauber-Sonderlandeplatzes (Gebäude 8a) auf das Dach des Herzzentrums des Universitätsklinikums Köln (Gebäude 40)" 0907/2018

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, in dem Genehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) zur Verlegung des Bestandshubschrauber-Sonderlandeplatzes (Gebäude 8a) auf das Dach des Herzzentrums des Universitätsklinikums Köln (Gebäude 40) die in der Anlage 4 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung 1944/2017

RM Frenzel schlägt die Annahme des in den Anlagen 7.1 und 7.3 dargestellten Beschlusses vor.

RM Götz schließt sich dem an.

RM Pakulat spricht sich ebenfalls dafür aus und hält es für sinnvoll, dabei den Antrag der Bezirksvertretung 1 zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des in den Anlagen 7.1 bis 7.3 dargestellten Beschlusses sowie die Empfehlungen der Verwaltung:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt die Gestaltungsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Bau der Freitreppe zu St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße entsprechend dem Gestaltungsplan (Anlagen 1 und 2) mit Gesamtkosten in Höhe von 2.192.000 € zu realisieren. Auf den Austausch des Gehwegbelages um Klein St. Martin und auf die Einrichtung von Sitzflächen wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für den Bau der Freitreppe zu St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße in Höhe von 300.000 € im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze bei

der Finanzstelle 6601-1201-0-6612 Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 Erneuerung der Eisenbahnüberführungen Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Deutz
2911/2017**

Die Angelegenheit wurde seitens der Verwaltung zurückgestellt.

**6.3 Planung einer temporären Fuß- und Radwegerampe von der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz
3561/2017**

RM Frenzel ist bisher nicht ganz von der geplanten städtebaulichen Lösung überzeugt, sieht jedoch die Notwendigkeit des Projektes und plädiert deshalb dafür, die Angelegenheit ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben.

RM Götz schließt sich dem Vorschlag an, zumal es noch offene Anfragen aus dem Verkehrsausschuss gebe.

RM Pakulat stimmt grundsätzlich der Vorlage zu und verweist auf die Anregungen, insbesondere ihrer Fraktion, im Verkehrsausschuss. Den dort gestellten Änderungsantrag der FDP-Fraktion wolle sie jedoch nicht mittragen.

RM Sterck spricht sich gegen eine provisorische, kostenintensive Rampe aus und macht auf den im Verkehrsausschuss eingereichten Änderungsantrag seiner Fraktion aufmerksam, in dem die Errichtung eines dauerhaften gläsernen Aufzuges zur Rheinuferpromenade bzw. Rheinuferstraße an der linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke gefordert werde.

RM Weisenstein zeigt sich erstaunt über die städtebaulichen Bedenken, schließlich sei bereits seit geraumer Zeit über die Radwegerampe diskutiert worden und habe zu einem gewissen Konsens geführt. Insofern erschließe sich ihm der jetzt erst eingebrachte Änderungsantrag der FDP-Fraktion nicht. Bezüglich des Aufzuges könne zu einem späteren Zeitpunkt ein separater Antrag gestellt werden.

Beigeordnete Blome macht deutlich, dass bis zur Finanzausschusssitzung am Montag keine abgeschlossene Prüfung bezüglich des Aufzuges vorgelegt werden könne. Sie bittet deshalb darum, einen entsprechenden Beschluss im Finanzausschuss zu fassen, damit ein Planungsauftrag hierfür erteilt werden könne.

RM Pakulat ist der Meinung, dass ein Aufzug kein Ersatz für die Fuß- und Radwegerampe darstelle, da dieser die Kapazitäten, auch zeitlich betrachtet, gar nicht bewältigen könne. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, hierzu einen gesonderten Antrag zu stellen.

RM Götz erkundigt sich nach den offenen Fragen aus dem Verkehrsausschuss.

Beigeordnete Blome erläutert hierzu, dass es ständige Planungsgespräche mit der DB gebe. Hierfür existiere ein Lenkungskreis auf Beigeordnetenebene. Sie unterstreicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt der Planungsbeschluss enorm wichtig sei, um einen Planer zielführend mit dem Projekt zu beauftragen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, die Angelegenheit ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.4 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs 0353/2018

Zusatz- bzw. Änderungsantrag der sachkundigen Einwohnerin im Stadtentwicklungsausschuss auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Röttger-Schulz

Zusatz- bzw. Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Adolf AN/0648/2018

Dombaumeister Füssenich und die Leiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger erläutern die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Vorsitzender Kienitz bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag.

RM Frenzel hält es für eine richtige Entscheidung, das Ensemble in der Historischen Mitte zu platzieren. Er spricht sich jedoch dafür aus, die Außengestaltung etwas mutiger und nicht so sehr vom Zeitgeist geprägt zu gestalten. Dies gelte ebenso für den Zugang zum Kurt-Hackenbergs-Platz. Im Übrigen bittet er die Verwaltung darum, das Thema barrierefreie Zugänge im weiteren Prozess des Projektes zu berücksichtigen.

RM De Bellis weist darauf hin, dass bereits im Unterausschuss Kulturbauten ausgiebig über die Angelegenheit diskutiert worden sei. Dennoch beantragt sie für ihre Fraktion, die Sache ohne Votum in den Rat zu verweisen. Sie zeigt auf, dass in der CDU-Fraktion noch um die Gestaltung diskutiert werde und es hierbei nicht um städtebauliche Maßnahmen gehe. Sie macht deutlich, dass die Historische Mitte ein Gewinn für die Stadt sei und begrüßt in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit mit der Kirche. Abschließend macht sie deutlich, dass auch sie den Antrag der Behindertenvertretung unterstützen wolle.

RM Pakulat berichtet, dass ihre Fraktion nach langen Diskussionen ein Ergebnis erzielt habe, welches bereits in der Presse nachzulesen gewesen sei. Sie unterstreicht, dass der nun vorliegende Entwurf sie überzeugt habe. Allerdings bittet sie bezüglich des möglicherweise entstehenden Schachtes bzw. Lichthofes im Bereich der alten römischen Straße Alternativvorschläge zu machen.

RM Weisenstein erkundigt sich nach der späteren Nutzung des Zeughauses und bittet darum, dies in der Kostenaufstellung zu berücksichtigen. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Seite 13 der Beschlussvorlage hin, in der derartige Folgekosten nicht enthalten seien.

RM Sterck spricht sich ebenfalls dafür aus, die Angelegenheit ohne Votum in die Ratssitzung zu verweisen. Außerdem vertritt er nach wie vor die Auffassung, dass das Zeughaus der richtige Standort für das Kölnische Stadtmuseum sei. Im Übrigen kündigt er einen Änderungsantrag seiner Fraktion an, der im Wesentlichen beinhaltet, dass die Verwaltung beauftragt werde, die Sanierung und Erweiterung des Kölnischen Stadtmuseums am bisherigen Ort zu planen. Zudem soll das Verwaltungsgebäude des Römisch-Germanischen Museums abgerissen werden. Auf diesem freigestellten Grundstück und dem Grundstück der Hohen Domkirche soll ein Neubau errichtet werden, in dem neben dem Römisch-Germanischen Museum ein Kölner Dom-Museum entstehen soll.

RM Wortmann vermisst die Gegenüberstellung von zwei Alternativen und wünscht sich eine Bürgerbefragung zu dem Projekt.

Behindertenvertreterin Röttger Schulz fordert in Vertretung für Menschen mit Behinderungen und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

1. die barrierefreie Erschließung der östlichen Domumgebung Im Bereich des Kurt-Hackenberg-Platz und des Roncalli-Platz mit dem Ziel einer 24 H / 7 Tage Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für die Öffentlichkeit unabhängig von der Umsetzung des Projekts ‚Historische Mitte‘
1. die Aufnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in die Beratungsfolge zur obigen Vorlage
2. die Erweiterung des Planungsauftrags zur Gestaltung der östlichen Domumgebung unabhängig von einer Realisierung des Projekts ‚Historische Mitte‘, um die Anforderung einer 24 h / 7 Tage zugänglichen barrierefreien Lösung ohne Angsträume zur Überwindung des Höhenunterschieds im Bereich des Kurt-Hackenberg-Platz zum Niveau der Domplatte

und bittet, den Stadtentwicklungsausschuss um einen entsprechenden Beschluss.

Sie liest dazu folgende Begründung vor (Der gleichlautende Antrag der Behindertenvertretung wurde in der Sitzung als Tischvorlage verteilt):

Nach derzeitigem Planungsstand - siehe veröffentlichte Planungsunterlagen zu 0353/2018 - sowie gemäß Präsentation bei einer Informationsveranstaltung am 22.03.2018 im Ratssaal für den Rat, verschiedene Ausschüsse sowie die Bezirksvertretung Innenstadt zum Projekt ‚Historische Mitte‘ ist festzustellen:

In den aktuellen Planungen ist keine barrierefreie Erschließung des Höhenunterschieds zwischen Umgebung Kurt-Hackenberg-Platz und Umgebung Roncalli-Platz zu erkennen, die außerhalb der Öffnungszeiten des geplanten Gebäudekomplexes eine barrierefreie Erschließung für jedermann 24 h / 7 Tage gewährleistet.

Auf Nachfrage des sachkundigen Einwohners Herrn Marcel Adolf (von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik entsandeter SKE), ob diese Feststellung richtig sei, wurde dies in der Informationsveranstaltung zur historischen Mitte im Ratssaal am Donnerstag, 22. März 2018 mündlich bestätigt.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Kölner Doms als Weltkulturerbe, Wahrzeichen der Stadt Köln und hochfrequentiertem Anziehungspunkt für Bewohner und Besucher der Stadt Köln ist die gesamtheitliche Neuordnung der Domumgebung mit ei-

ner herausragenden Priorität und Wirkung in der Stadtentwicklung unbestritten notwendig und trifft auf eine breite Unterstützung in Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft. Das Ergebnis muss sich in seiner Gesamtheit daran messen lassen, inwieweit es der Bedeutung des Orts und des Doms als Baudenkmal gerecht wird.

Neben den Aspekten der Stadtentwicklung mit seinen gestalterischen, kulturhistorischen und touristischen Dimensionen müssen grundsätzliche Aspekte der Nutzung und barrierefreien Zugänglichkeit für alle elementarer Bestandteil jeder Planung und Umsetzung sein. Unter dieser Überschrift wurden bereits in 2013 Anstrengungen unternommen, barrierefreien Zugang durch Installierung eines Aufzugs in der östlichen Domumgebung zu realisieren. Mit Verweis auf ein damals fehlendes umsetzungsfähiges Gesamtkonzept für die östliche Domumgebung wurde die abschließende Entscheidung über die Gestaltung einer barrierefreien Erschließung verschoben und auf die Planung des Projekts ‚historische Mitte‘ verlagert.

Die Verwaltung, vertreten durch den Baudezernenten, wiederholte mehrfach Zusagen zu einer späteren Prüfung und Umsetzung eines Aufzugs. Zuletzt geschah dies in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 19.01.2016 unter TOP 4.1, eine vergleichbare Äußerung erfolgte bereits in der Sitzung des SteA vom 26.09.2013 unter >TOP 6.3, so dass die Behindertenorganisationen fest mit einer derartigen Vorgehensweise gerechnet haben. Dies ergibt sich auch aus der Antwort auf eine Anfrage (3691/2013), die in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln vom 15.10.2013 gestellt wurde.

Unabhängig von der Ausgestaltung des östlichen Domumfelds erfüllt eine dortige barrierefreie Erschließung alle Anforderungen der Stadt Köln an die Gestaltungsleitlinien des öffentlichen Raums im Sinne des jüngst beschlossenen Gestaltungshandbuchs Innenstadt. Hinzu kommt, dass auch rechtliche Verpflichtungen gemäß § 9 Straßen und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW), gemäß § 4 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen - BGG NRW) und der Neufassung der DIN 18040-3 für den öffentlicher Verkehrsraum im Jahr 2014 zu konstatieren sind.

Unbestritten ist das Projekt ‚Historische Mitte‘ eine Gelegenheit in jeder Hinsicht, Köln als moderne, traditionsbewusste und kulturverbundene Stadt der Öffentlichkeit zu präsentieren, die propagierte Leitbilder einer ‚Stadt für alle‘ umsetzt und sich an höchsten Ansprüchen bei der Gestaltung und Erschließung des öffentlichen Raums orientiert.

Ohne barrierefreien Zugang dieses Teils der Domumgebung ist dieser eigene Anspruch nicht erfüllbar.

Frau Rinnenburger macht deutlich, dass sich das Projekt momentan noch in einer Art Vorplanung befinde. In diesem frühen Stadium könne beispielsweise bezüglich der Fassadengestaltung oder dem Lichthof noch gearbeitet werden. Sie sagt zu, dass der Arbeitskreis Behindertenpolitik beteiligt und somit die Barrierefreiheit beachtet werde. Dies gehöre zum üblichen Verfahren. Abschließend weist sie darauf hin, dass es zur Sanierung des Kölnischen Stadtmuseums und des Römisch-Germanischen Museums gesonderte Beschlussvorlagen geben werde. Sie unterstreicht, dass sie in der momentanen Phase noch keine Aussage über die Nachnutzung des Zeughauses machen könne. Diese werde erst gemeinsam mit dem Baubeschluss vorgelegt.

RM Zimmermann zeigt auf, dass sich die Barrierefreiheit nicht nur auf das Museum, sondern beispielsweise auch auf den Zugang zum Kurt-Hackenberg-Platz beziehe, der 24 Stunden zu gewährleisten sei. Grundsätzlich werde er der Vorlage zustimmen. Allerdings habe er erhebliche Probleme mit der Kostenrechnung. Im Übrigen bittet er

darum, gewisse Prioritäten bei den städtischen Bauprojekten zu beachten. Er bezieht sich mit dieser Aussage auf die Kapazitäten der Gebäudewirtschaft und die anstehenden Schulbauten.

Frau Rinnenburger betont, dass es für eine 24-stündige Barrierefreiheit außerhalb des Museums eine Lösung geben werde.

Vorsitzender Kienitz macht abschließend deutlich, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Angelegenheit ohne Votum in den Rat verweisen wolle.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, die Angelegenheit ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen' 0507/2018

RM Frenzel weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Porz und der dazugehörigen Stellungnahme der Verwaltung hin. Er bittet darum die dort dargestellten verkehrlichen Aspekte im weiteren Verlauf zu berücksichtigen.

Vorsitzender Kienitz teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die seitens der Bezirksvertretung Porz aufgegriffenen berechtigten Themen müsse man aus seiner Sicht jedoch separat beraten.

RM Pakulat schließt sich dem an und regt an, dass die Verwaltung die Vorschläge aus der BV 7 aufgreift, damit diese gesondert im Verkehrsausschuss behandelt werden können.

Die Leiterin des Planungsteams 1 für die Innenstadt/Deutz und zentrale Planungsangelegenheiten Zlonicky erläutert, dass man sich am Anfang des Verfahrens zum Deutzer Hafen befinde. Selbstverständlich sei das Thema Verkehr ein wichtiger Bestandteil der Bauleitplanung sei. Sie macht darauf aufmerksam, dass die in der Anlage 6a dargestellten Forderungen zunächst intensiv zu prüfen seien. Sie schlägt daher vor, dies als Prüfauftrag ins weitere Verfahren einzuspeisen.

RM Frenzel verweist auf die Aussage der Verwaltung, der Beschluss der BV 7 an das mit dem Verkehrskonzept beauftragte Ingenieurbüro zur Prüfung und Berücksichtigung im weiteren Verfahren weitergeleitet worden sei, um die Belange in die weiteren Planungen einfließen zu lassen. Demnach könne man aus seiner Sicht die Anlage 6a der Verwaltung beschließen.

Vorsitzender Kienitz schlägt vor, diese dargestellte Aussage der Verwaltung formal zur Kenntnis zu nehmen und über die Beschlussvorlage abzustimmen.

RM De Bellis erinnert daran, dass hierüber bereits im Liegenschaftsausschuss diskutiert worden sei und dort habe man sich darauf verständigt, die Anregungen der BV 7

zur Kenntnis zu nehmen und nicht aus den Augen zu verlieren, aber nicht im Zusammenhang mit der Verwaltungsvorlage darüber abzustimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

1. Der Rat nimmt die vorbereitenden Untersuchungen nach § 165 Absatz 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) für das Gebiet 'Deutzer Hafen' (Anlage 3) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt für das in Anlage 1 dargestellte Gebiet in Köln-Deutz die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen' nach § 165 Absatz 6 des BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634).

Das von dem Entwicklungsbereich betroffene Gebiet ist in Anlage 1 nach Flurstücken abgegrenzt und in einem Lageplan dargestellt. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.6 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet 'Südliche Innenstadterweiterung/Parkstadt Süd' in Köln-Bayenthal-/Raderberg/-Zollstock/-Sülz nach § 25 Satz 1 Nr. 2 BauGB 0963/2018

RM De Bellis signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion und zeigt sich erfreut darüber, dass es in der Sache voran gehe.

RM Weisenstein stimmt ebenfalls zu und hebt positiv hervor, dass dadurch eine Verlängerung von bestehenden Pachtverträgen möglich sei. Er bittet die Verwaltung darzulegen, welche Folgen es durch die für unwirksam erklärte Sanierungssatzung für das Gebiet in Köln-Bayenthal gebe. Hierbei interessieren ihn insbesondere die zeitlichen Abläufe und mögliche planerische Einschränkungen.

Die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik Scholz erklärt, dass die Eigentumsverhältnisse in der Anlage 2 dargestellt seien. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung, nach der Bekanntgabe der Urteilsbegründung, alles entsprechend auswerte und den weiteren Fortgang in der Sache prüfe. Selbstverständlich werde der Stadtentwicklungsausschuss hierüber informiert.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet 'Südliche Innenstadterweiterung/Parkstadt Süd' die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung der externen Planungsleistungen inkl. Umsetzung eines Workshops
0692/2018**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat

1. stellt den Bedarf für die Durchführung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil fest. Die Kosten für das Verfahren werden auf etwa 131.000 € netto (ca. 149.000 € brutto, Planungskosten ohne Ausbaurkosten) geschätzt;
2. beschließt die Umsetzung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil, Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil);
3. beschließt, die Erarbeitung der Leistungsphasen 1 bis 3 (Antragsgrundlage), der Leistungsphasen 5 bis 6 sowie nach Bewilligung die Phasen 7, 8 und 9 an ein interdisziplinär besetztes Planungsteam, bestehend aus Fachplanerinnen und Fachplanern der Bereiche Freiraumplanung und Tiefbauingenieurwesen, zu vergeben;
4. beschließt, zur Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozess die Durchführung eines öffentlichen Workshops;
5. beschließt zur Finanzierung der Planungskosten in Höhe von 149.000 € brutto die außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln gemäß § 83 Abs. 2 GO NW auf der neu einzurichtenden Finanzstelle 1502-0902-7-1011, Starke Veedel, Freiräume mit Retentionsfunktion Porz, im Haushaltsjahr 2018. Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Finanzstelle 1502-0902-0-1200, Städtebauförderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

**9.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Rochusstraße in Köln-Ossendorf
Anhörung der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
0328/2018**

RM Götz schlägt vor, sich dem Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Ehrenfeld anzuschließen.

Herr Brock-Middenberger schließt sich dem grundsätzlich an. Er bemerkt jedoch, dass nach seiner Auffassung der Vorhabenträger die Interessen der ansässigen Sportvereine zu wahren habe. Dies sei seines Erachtens aus dem Beschlussprotokoll der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses nicht deutlich hervorgegangen.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes Müller stellt klar, dass selbstverständlich Teil des Verfahrens sei, alle Festsetzungen der Wohnbereiche so ausgerichtet sein müssen, damit lärmempfindliche Räume von den Sportstätten abgewandt seien.

RM Pakulat vertritt die Auffassung, dass es sich hierbei nicht um die richtige Lage für die geplanten Einfamilienhäuser handele und deshalb ihre Fraktion die Vorlage weiterhin ablehne.

Herr Brock-Middenberger zeigt auf, dass es bezüglich des Erhalts der Sportanlagen noch juristische Fragen zu klären gebe.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beauftragt die Verwaltung, die Vorhabenträgerin aufzufordern, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes gemäß Anlage 2 einen Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) auszuarbeiten. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 3) zu berücksichtigen;
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, eine Möglichkeit durch den Bauträger zu schaffen, die Interessen der ansässigen Sportvereine zu wahren und Rechtssicherheit für den Spielbetrieb sicherzustellen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486 - 494 in Köln-Ehrenfeld
3698/2017**

Herr Brock-Middenberger empfiehlt, sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld anzuschließen und spricht sich insbesondere dafür aus, den Anteil des geförderten Wohnungsbaus auf mindestens 40% zu erhöhen, wenn sich aufgrund der Grundstückstiefe im Innenbereich eine um ein bis zwei Geschosse höhere Bebauung als geplant anbieten. Dies solle zumindest geprüft werden. Außerdem erkundigt er sich der Mehrfachbeauftragung, die im letzten Stadtentwicklungsausschuss noch Erwähnung gefunden habe.

Vorsitzender Kienitz hält es für sinnvoll, dem neuen Verwaltungsvorschlag zu folgen und dabei auf eine Mehrfachbeauftragung zu verzichten. Außerdem sei es seines Erachtens wichtig, den Gestaltungsbeirat mit einzubeziehen. Zudem sei es erstrebenswert, im weiteren Verfahren ist zu prüfen, inwiefern der bereits vorhandene Spielplatz wieder nutzbar gemacht werden könne. Des Weiteren schlägt er vor, die Einbeziehung der auf dem Gelände vorhandenen historischen Gebäude sowie deren erhaltenswerte Bausubstanz in die geplante Neubebauung zu prüfen.

RM Pakulat stellt fest, dass der neue Beschlussvorschlag zur Hälfte aus Prüfaufträgen bestehe. Dadurch seien die Vorschläge der Bezirksvertretung Ehrenfeld weitestgehend verwässert worden. Sie unterstreicht, dass für ihre Fraktion die gewerbliche Nutzung der vorderen Fläche weiterhin Bestandteil des Beschlusses sein solle. Dem Vorschlag der Verwaltung bezüglich des Stellplatzschlüssels könne sie folgen, befürwortet es jedoch Car-Sharing-Plätze zu integrieren. Abschließend macht sie deutlich, dass nach ihrer Auffassung eine verbindliche Baukultur mit einer bestimmten Vorgehensweise für Projekte dieser Größenordnung notwendig sei. In dem vorliegenden Fall spricht sich schweren Herzens für die Einbindung des Gestaltungsbeirates und gegen eine Mehrfachbeauftragung aus.

Frau Müller erklärt die Erläuterungen der Verwaltung zu dem Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Ehrenfeld und macht dabei deutlich, dass nicht immer alle Vorschläge aus den Bezirksvertretungen umsetzbar seien. Deshalb habe die Fachverwaltung die Vorschläge Punkt für Punkt kommentiert und einen neuen umsetzbaren Beschlussvorschlag erarbeitet, der als Empfehlung dienen soll. Sie unterstreicht, dass es sich bei dem jetzigen Verfahren um die Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans handle. Sie räumt ein, dass die Einbeziehung des Gestaltungsbeirates durchaus sinnvoll sei.

RM Frenzel schließt sich ebenfalls dem Vorschlag der CDU-Fraktion an, den Gestaltungsbeirat einzubinden und auf eine Mehrfachbeauftragung zu verzichten. Schließlich sei es wichtig, zügig neuen Wohnraum zu schaffen. Er spricht sich außerdem für den Erhalt der historischen Gebäude aus, die mittlerweile zum Stadtbild von Köln-Ehrenfeld gehören. Deshalb befürwortet er so wie in Anlage 7 vorgeschlagen zu beschließen und den Investor zu bitten, bei dem geplanten Bauvorhaben den Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus anzuheben.

Herr Beste macht deutlich, dass es neben dem Denkmalschutz den Bestandteil einer erhaltenswerten Bausubstanz gebe. Er regt an, die Angelegenheit in diese Richtung zu prüfen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet Subbelrather Straße 486 - 494 in Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486 - 494 in Köln-Ehrenfeld— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung festzusetzen;
2. folgende von der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 19.03.2018 beschlossenen Punkte bei der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen:
 - Der westliche Gebäuderiegel soll um ein Geschoss erhöht werden;
 - im weiteren Verfahren ist zu prüfen, ob ein Café oder ähnliches im Erdgeschoss integriert werden kann;
 - im weiteren Verfahren ist zu prüfen, inwiefern anstatt des innerhalb der Bebauung geplanten 500 m² großen öffentlichen Spielplatzes, der vorhandene Spielplatz wieder nutzbar gemacht werden kann;
 - im weiteren Verfahren ist die Einbeziehung der historischen, auf dem Gelände vorhandenen, Gebäude **sowie deren erhaltenswerte Bausubstanz** in die Neubebauung zu prüfen. **Außerdem ist der Gestaltungsbeirat mit einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung **Arbeitstitel: Seeadlerweg in Köln-Ehrenfeld** **3701/2017**

Herr Brock-Middenberger schlägt vor, auch in diesem Fall auf eine Mehrfachbeauftragung zu verzichten.

Vorsitzender Kienitz empfiehlt als Kompromissvorschlag, den Gestaltungsbeirat mit einzubeziehen.

RM Pakulat erkundigt sich nach dem Erhalt der Bäume auf der Venloer Straße und dem Lärmschutzwall.

Frau Müller erklärt, dass der vorhandene Baumbestand aufgenommen und nach der Baumschutzsatzung bewertet werde.

Vorsitzender Kienitz lässt über die dementsprechend geänderte Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet nördlich und west-

lich der Bebauung Seeadlerweg in Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Seeadlerweg in Köln-Ehrenfeld— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung festzusetzen;

2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1; **sowie die Einbeziehung des Gestaltungsbeirates.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Beschluss über

1. die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel: Eygelshovener Straße/Sürther Straße in Köln-Rodenkirchen,

2. die Aufhebung eines Einleitungsbeschlusses zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel: Eygelshovener Straße in Köln-Rodenkirchen.

0158/2018

Die Angelegenheit wurde seitens der Verwaltung zurückgestellt.

Der stellvertretende Vorsitzende Frenzel übernimmt vorübergehend die Sitzungsleitung.

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: "Volkhovener Straße" in Köln-Esch/Auweiler

0788/2018

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet zwischen Weiler Straße und Volkhovener Straße auf einem Teil des Grundstücks: Gemarkung Esch, Flur 2, Flurstück 528 —Arbeitstitel: "Volkhovener Straße" in Köln-Esch/Auweiler— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnnutzung als Ortsarrondierung festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1;

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 74399/04
Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz;
Ergänzte Beschlussvorlage nach Erarbeitung eines alternativen Nutzungskonzepts zur Entwicklung eines Grundschul- und Musikcampus
0928/2018**

RM De Bellis bittet darum, die Angelegenheit wegen Beratungsbedarf zu vertagen.

Der Stadtentwicklungsausschuss stellt die Angelegenheit wegen Beratungsbedarf bis zur nächsten Sitzung zurück.

**10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch
1204/2018**

Der Stadtentwicklungsausschuss stellt die Angelegenheit wegen Beratungsbedarf bis zur nächsten Sitzung zurück.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

15 Sonstige Satzungen

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

**16.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP
AN/0659/2018**

Der stellvertretende Vorsitzende Frenzel weist auf den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke sowie der FDP-Fraktion hin, den RM De Bellis kurz erläutert.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlusses:

Der Rat lehnt die Empfehlung der Bezirksvertretung Chorweiler, die Verwaltung mit der Einleitung der notwendigen Planungsverfahren zu den Flächen

- Mercatorstraße/ Dresenhof Weg (Flächenpass 6.14)
- Am Kutzpfädchen (Flächenpass 6.15)
- Arrondierung westlich Fühligen (Flächenpass 6.16)
- Thujaweg (Flächenpass 6.17)
- Kuhlenweg/ Langelier Damm (Flächenpass 6.21)

zu beauftragen, ab.

Der Empfehlung zu den Flächen

- Westliches Blumenberg (Flächenpass 6.23)
- Östliches Blumenberg (Flächenpass 6.24).

wird mit der Maßgabe aus dem Ratsbeschluss vom 20.12.2016 zugestimmt, dass vor weiteren Planungsüberlegungen Voruntersuchungen (in Verbindung mit der Fläche „Im Kreuzfeld“) durchgeführt werden.

Der Beschlussvorschlag wird gemäß des Änderungsantrags der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP folgendermaßen ergänzt:

Der Rat dankt der Bezirksvertretung Chorweiler für die eingebrachten Vorschläge und beauftragt die Verwaltung:

- zu prüfen, ob eine (südliche) Erweiterung der Fläche südlich "Am Kutzpfädchen" eine Hinterlandbebauung ermöglicht (Flächenpass 6.15).
- einen Sachstandsbericht zur ursprünglich geplanten Maßnahme "Wohnen am Strom" für das Grundstück "Langelier Damm" vorzulegen und ggf. Anpassungsoptionen für eine Umsetzung der Maßnahme aufzuzeigen (Flächenpass 6.21)
- zu prüfen, ob eine Veränderung der Fläche sowie Erweiterung um eine Fläche zwischen Kuhlenweg und Alte Römerstraße bis zum Festplatz eine Bebauung ermöglicht (Flächenpass 6.21).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 16.2 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 26.09.2017 über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 7441/02 Arbeitstitel: Gewerbegebiet Eil in Köln-Porz-Eil, 1. Änderung**
hier: Erweiterung des Geltungsbereichs mit dem Ziel, eine Marktnutzung mit nahversorgendem und zentrenrelevantem Handel auf der Fläche des Autokinos bauleitplanerisch zu unterbinden.
3098/2017

Die Angelegenheit wurde seitens der Verwaltung zurückgestellt.

- 16.3 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen;**
hier: Planunterlagen den stadtgesehlichen Anforderungen anpassen;
Antrag auf Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 65460/04
0531/2018

Die Angelegenheit wurde seitens der Verwaltung zurückgestellt.

17 Mitteilungen

- 17.1 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)**
Bebauungsplan-Entwurf (VEP) Nummer 70346/03
Arbeitstitel: Langel Berg in Köln-Porz-Langel
0261/2018

Vorsitzender Kienitz übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

- 17.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)**
Wiederaufnahme der Baulückenbearbeitung
Ergebnisse 2017 und weiteres Vorgehen
0553/2018

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

- 17.3 Bebauungsplan-Entwurf 66470/06**
Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
- hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB
0575/2018

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

- 17.4 Stadtbahnanbindung Rondorf / Meschenich-Nord**
hier: Ergebnisse der vereinfachten Nutzen-Kosten-Untersuchung
0628/2018

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

17.5 Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 02. Februar 2018 für den Bau der B 51n - Ortsumgehung Meschenich 0827/2018

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf 63465/02
Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
0869/2018**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.7 Neue Kölner Statistik 1/2018
0944/2018**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.8 Wohnraumförderung 2018
0999/2018**

Mit Blick auf die Kürzung in Höhe von rund 300 Mio. € für die Förderung von Mietwohnung zugunsten der Eigentumsförderung zeigt sich RM Frenzel sehr besorgt. Er bittet die Verwaltung hierzu um eine kurze Einschätzung.

Der Leiter des Amtes für Wohnungswesen Ludwig stellt dar, dass das Land NRW im Vergleich zum Vorjahr tatsächlich Veränderungen vorgenommen habe. Allerdings verändere sich dabei für die Stadt Köln zunächst nichts. Sie erhält anstelle von programmteilbezogenen Einzelbudgets, wie in den Vorjahren, ein jährliches Globalbudget in Höhe von 75 Mio. €. Für das laufende Jahr hat das Land NRW der Stadt Köln das Fördermittelkontingent bereits mit Erlass vom 15.03.2018 zugewiesen.

RM Götz weist darauf hin, dass dieser Fördertopf nie ganz ausgeschöpft wurde und es deshalb zu der Umschichtung gekommen sei.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.9 Jahresbericht 2017 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1050/2018**

RM Struwe verweist auf die Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen, in der unter anderem die Stegerwaldsiedlung und die dortigen energetischen Sanierungsmaßnahmen und die damit zusammenhängenden Mietpreiserhöhungen von 6,50 € auf über 9 € thematisiert worden seien. Dies könne seines Erachtens nicht einfach so stehen bleiben. Deshalb fragt er, ob die Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der sozialen Erhaltungssatzung geprüft worden seien. Zudem erkundigt er sich nach der Höhe der öffentlichen Förderung und wie es dabei zu so erheblichen Mieterhöhungen kommen könne. Er weist in diesem Zusammenhang auf das in der letzten Ratssitzung beschlossene Altbausanierungsprogramm hin und möchte wissen, ob bestimmte Maßnahmen noch

im Nachhinein für die Stegerwaldsiedlung umgesetzt werden können. Abschließend fragt er, wie es mit dem Klimaschutz zu vereinbaren sei, wenn Grün- und Rasenflächen in Stellplätze umgewandelt werden. Er bittet darum, die Fragen schriftlich zu beantworten und dem gemeinsam mit der Verwaltungsmitteilung vorzulegen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

**17.10 Förderung der Elektromobilität - Was tut die Verwaltung?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 05.03.2018, TOP 5.2.3
0936/2018**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.11 Städtebaulicher Entwicklungsbereich "Deutzer Hafen"- Verkehrsplanung
1282/2018**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.12 Mitteilung: Sachstandsbericht zu Verfahren Spielcasino Deutz
1005/2018**

RM Frenzel zeigt sich erstaunt darüber, dass und deshalb das Preisgericht des Wettbewerbs mit der Anzahl der Fachpreisrichter erneut eingeladen werden müsse. Er bittet die Verwaltung, dem Liegenschaftsausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss eine entsprechende Mitteilung vorzulegen.

RM Weisenstein erkundigt sich nach näheren Informationen bezüglich der Drittverwendungsfähigkeit.

Vorsitzender Kienitz merkt an, dass Westspiel beabsichtige in den eigenen Entscheidungsgremien, die gemeinsam angesprochene Vorgehensweise abzustimmen und die Stadt Köln Mitte April über das weitere Verfahren informieren wolle. Dies sei der vorliegenden Mitteilung zu entnehmen. Er fragt, ob dies bereits geschehen sei.

RM Sterck zeigt sich darüber erfreut, dass es in der Sache nun scheinbar doch weitergehe und sich eine positive Entwicklung abzeichne.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes erklärt, dass das Wettbewerbsergebnis bezüglich der Präferenz noch ausgearbeitet werden müsse und dann werde parallel das Bauleitplanverfahren eingeleitet, um mit der überarbeiteten Fassung des bevorzugten Wettbewerbsergebnisses in die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung einzusteigen. Sie teilt mit, dass die nutzungsstrukturellen, gestalterischen und funktionalen Überarbeitungen durch Westspiel tatsächlich nicht dokumentiert worden seien. Allerdings wurden, nach Aussage von Westspiel, der ehemalige Baudezernent und der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates informiert und das Ergebnis sei entsprechend abgestimmt. Daraufhin wurde vorgeschlagen, dass das Preisgericht des Wettbewerbs mit der Anzahl der Fachpreisrichter erneut zusammentreten werde. Dabei werde die überarbeitete Planung aufgrund der seinerzeitigen Empfehlungen und der Anforderungen des Vorhabenträgers sachlich beurteilt und gegebenenfalls mit Anpassungsvorschlägen empfohlen.

RM Frenzel bedankt sich für die Ausführungen und unterstreicht, dass er die Entwicklung grundsätzlich positiv betrachte.

Beigeordnete Blome hält es nicht für sinnvoll, die Mitteilung mit dem jetzigen Sachstand dem Liegenschaftsausschuss vorzulegen.

RM Frenzel bittet darum, dem Liegenschaftsausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss wichtige Entwicklungen und Neuigkeiten zu dem Verfahren Spielcasino Deutz mitzuteilen.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 Festival der Baukultur

RM Zimmermann erinnert daran, dass die Festivalplanung aufgrund von Kapazitätsengpässen eingestellt worden sei. Er fragt, ob die Planungen hierfür gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen werden.

Frau Müller informiert, dass dies mittelfristig durchaus geschehen könne. Dies sei jedoch letztendlich mit dem künftigen Beigeordneten zu klären.

RM Zimmermann fragt nach, ob dies seitens der Politik, beispielsweise mittels eines Antrags, anzuregen sei.

Frau Müller geht davon aus, dass nach dem Amtsantritt des neuen Dezernenten zunächst eine Priorisierung der vielen anstehenden Themendurchgeführt werde. Erst danach könne weitergesehen werden.

18.2 Planungsbeirat Parkstadt Süd

RM Wortmann erinnert an die Zusage in der letzten Sitzung, dass eine schriftliche Mitteilung zum Thema Parkstadt Süd und dem Planungsbeirat vorgelegt werde. Er fragt, wann diese dem Ausschuss vorgelegt werde.

Frau Müller berichtet, dass zur Parkstadt Süd eine umfangreiche Beschlussvorlage in die Fachausschüsse des Rates und die betroffenen Bezirksvertretungen gegeben werde. Darin seien bezüglich eines möglichen Begleitgremiums sämtliche Informationen enthalten.

18.3 Sanierungssatzung "Südliche Innenstadt-Erweiterung / Parkstadt Süd"

RM Wortmann interessiert es, ob das Scheitern der Satzungsänderung beim Bundesverwaltungsgericht etwas mit einem formalen Fehler in der Kostenschätzung zu tun habe. Er möchte wissen, wie dies zustande gekommen sei.

Die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik Scholz macht deutlich, dass zu Beginn des Prozesses es nicht möglich gewesen sei, eine detaillierte und für das Bundesverwaltungsgericht ausreichende Kostenberechnung vorzulegen. Sie teilt mit, dass zwischenzeitlich eine entsprechende Revision zugelassen worden sei.

18.4 Olympisches Dorf für Olympia 2032

RM Frenzel berichtet, dass laut Pressemitteilung die Möglichkeit für Köln bestehe, ein olympisches Dorf für Olympia 2032 zu errichten, falls die Spiele in NRW stattfinden sollten. Er fragt, wo dies aus Sicht der Oberbürgermeisterin entstehen solle.

18.5 Umsetzung eines Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses betreffend „Rheinufer muss attraktiver werden.“

RM Frenzel erinnert an einen Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss vom 14.11.2013, in dem es um die Attraktivierung des Rheinufers, insbesondere im Hinblick auf die Gastronomie, gegangen sei. Er fragt nach der Umsetzung und dem aktuellen Sachstand.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Vorsitzender Kienitz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Niklas Kienitz
(Vorsitzender)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Michael Frenzel
(stellv. Vorsitzender)